

Akzeptanzmangel in der Bevölkerung

Bürgerbeteiligung spielt beim Netzausbau eine Schlüsselrolle

Bürgerproteste (*Bild 1*) gegen den Netzausbau sind bundesweit zu beobachten. Ein wesentlicher Auslöser für den Widerstand in der Bevölkerung ist, dass sie nicht ausreichend in den für die Energiewende notwendigen Neubau von Stromleitungen einbezogen wird. Nur durch eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung können Ängste und Befürchtungen abgebaut werden. Voraussetzung dafür ist ein zeitgemäßes Akzeptanzmanagement der Vorhabenträger.



Bild 1. Bürgerproteste gegen den Netzausbau sind an der Tagesordnung. Netzbetreiber sehen sich bundesweit mit anhaltenden Widerständen gegen den Neubau von Höchst- und Hochspannungsleitungen konfrontiert
Quelle: Adobe Stock



Prof. Dr. **Gernot Barth**, Leiter Steinbeis Wirtschaftsmediation, Leipzig

Nahezu jedes größere Netzausbau-Projekt in Deutschland sieht sich Akzeptanzproblemen ausgesetzt. Beim Neubau von Stromleitungen ist der Widerstand in der Bevölkerung vorprogrammiert. Die Bürgerproteste haben sich inzwischen zu einer konstanten Begleiterscheinung entwickelt. Dies bleibt nicht ohne Folgen. Einsprüche und Klagen von Einwohnern, die sich i. d. R. in professionell geführten Bürgerinitiativen zusammenschließen, verzögern und verteuern Projekte und können diese sogar verhindern. Dies gefährdet die Umsetzung der Energiewende und das Erreichen der Klimaschutzziele.

Bürger wollen ernst genommen werden

Die Zahlen sprechen für sich. Beispiel Höchstspannungsnetz: Nach Angaben des Monitoringberichts der Bundesnetzagentur für das Quartal 2/2022 sind von den im Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) und im Gesetz über den Bundesbedarfsplan (BBPlG) aufgeführten Netzausbau-Vorhaben von insgesamt 12 234 km bislang lediglich 2 134 km fertiggestellt worden.

Die Akzeptanz von Netzausbau-Vorhaben durch die Bürger ist damit kein Aspekt unter ferner lie-

Netzintegration

fen, sondern eine Schlüsselfrage geworden. Die Zustimmung der Bevölkerung wird für den Erfolg oder Misserfolg beim Neubau von Stromleitungen immer wichtiger. Unverkennbar ist, dass sich die Bürger mehr Beteiligung wünschen. Sie wollen sich aktiv in die Gestaltung ihres Lebensumfelds einbringen. Sie möchten bei Planungen und Entwicklungen mitreden und Entscheidungen nicht allein politischen Repräsentanten, Genehmigungsbehörden, Vorhabenträgern und Sachverständigen überlassen. Sie fordern einen Dialog auf Augenhöhe, bei dem ihre Meinungen ernst genommen und in Beschlüssen sichtbar werden. Dies gilt auch und gerade für den für die Energiewende erforderlichen Ausbau des Stromnetzes, der vor ihrer Haustür stattfindet. Denn die Stromversorgung geht jeden an.

Wie in Umfragen in schöner Regelmäßigkeit festgestellt wird, begrüßt der Großteil der Bevölkerung die Energiewende. Der Knackpunkt bei den dafür notwendigen Maßnahmen wie dem Netzausbau ist, dass die Vorhabenträger die Betroffenen vor Ort nicht rechtzeitig und umfassend beteiligen. Dies wird von den Bürgern kontinuierlich kritisiert und artikuliert sich in immer wiederkehrenden Protesten. Sie haben das Gefühl, dass ihre Ängste und Sorgen nicht ausreichend Gehör finden. Sie hegen außerdem den Verdacht, dass ihre Stimme nicht zählt, obwohl sie gute Ideen und ein Recht darauf haben, mitzuwirken.

Bürger haben berechtigte Sorgen und Ängste

Der Netzausbau wird von den Bürgern als Bedrohung ihrer Heimat

aufgefasst. Die damit verbundene Beunruhigung äußert sich auf vielfältige Art und Weise. Da ist zum einen die Sorge um die Wertminderung der Grundstücke. Da ist zum anderen die Angst vor gesundheitlichen Gefährdungen durch elektrische und magnetische Felder. Hinzu kommen Befürchtungen mit Blick auf die Beeinträchtigung der Landschaft und Schädigung der Umwelt durch entsprechende Eingriffe.

Die im Rahmen der Genehmigungsverfahren rechtlich vorgeschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten reichen bei weitem nicht aus, um die notwendige Akzeptanz herzustellen. Zum einen ist der Gestaltungsspielraum in der Planung zum Zeitpunkt der Genehmigungsverfahren bereits deutlich begrenzt. Zum anderen können in den Erörterungsterminen der formellen Beteiligungsverfahren Anliegen nur in Form von genehmigungsrechtlich relevanten Einwendungen vorgebracht werden. Ein angemessener Austausch über die berechtigten Anliegen der Betroffenen ist im Rahmen dieses Formats daher nicht ausreichend möglich.

Bürgerbeteiligung verlangt zeitgemäßes Akzeptanzmanagement

Im Sinne eines zeitgemäßen Akzeptanzmanagements müssen die Bürger so früh wie möglich, d. h. von Beginn der Planungen an, in den Prozess miteingebunden werden. Es setzt sich aus fünf Schritten (Bild 2) zusammen.

1. Ermittlung der maßgeblich betroffenen Akteure

Im ersten Schritt werden im Rahmen einer sorgfältigen Stakeholderanaly-

se die maßgeblich betroffenen Akteure wie Bürger, Kommunen und andere Träger öffentlicher Belange, aber auch relevante Initiativen, Vereine und Verbände sowie für die Region zuständige Politiker auf Kommunal-, Länder- und Bundesebene ausfindig gemacht, ihre Erwartungshaltung und Einstellung erfasst und ihre Rolle definiert.

2. Einbindung der Akteure in die Anforderungsanalyse

Im zweiten Schritt werden die so ermittelten Akteure in die Analyse der Anforderungen für das Projekt einbezogen. Anliegen ist es, möglichst umfassend alle Anforderungen an das Projekt aus Sicht der Planer und Betroffenen zu berücksichtigen.

3. Kommunikation des Projekts an alle Akteure

Im dritten Schritt erfolgt die Kommunikation des Projekts an alle betroffenen Akteure. Die Information sollte nicht nur zu Projektbeginn durchgeführt werden, sondern während des gesamten Verlaufs regelmäßig aufrechterhalten werden. Sie muss zielgruppengerecht vorgenommen werden, spricht verständlich, zeitnah und vollständig vorstattengehen. Neben den klassischen Medien sind dabei auch die sozialen Medien einzubeziehen.

4. Einbindung der Akteure in den Projektverlauf

Im vierten Schritt werden die Akteure in den Projektverlauf eingebunden. Die genaue Vorgehensweise ist vorab gemeinsam mit den Planern und Betroffenen festzulegen.

5. Einladung der Akteure zu Projektfortschritten

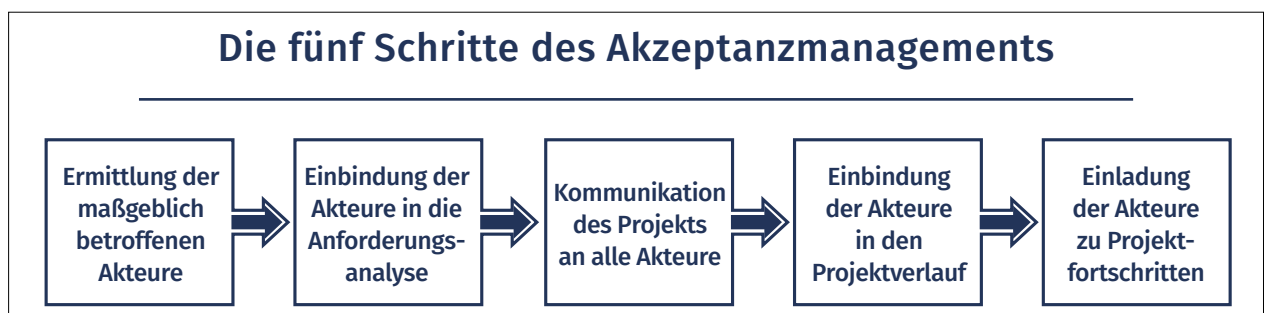


Bild 2. Die fünf Schritte des Akzeptanzmanagements

Im fünften Schritt sind die Akteure zu Projektfortschritten wie etwa dem Baubeginn und der Inbetriebnahme einzuladen. Hier ist ihre Mitwirkung wertschätzend herauszustellen.

Die Beteiligung der Bürger und weiterer relevanter Akteure ist als legitimer Bestandteil des gesamten Verfahrens zu begreifen. Dies setzt bei den Projekt-Verantwortlichen die Bereitschaft zur Einsicht, Perspektivübernahme und Überarbeitung der Planungen voraus.

Entscheidend ist eine Anerkennung der Bürger und weiterer relevanter Akteure und ihrer Anliegen sowie eine Einbeziehung ihrer Kenntnisse. Dies verlangt, zuzuhören und alle Interessen vollständig abzubilden. Nur so ist ein erfolgversprechender Dialog möglich.

Die Vorhabenträger sollten sich davor hüten, bestimmte Interessengruppen aufgrund von Vorbehalten auszugrenzen. Es ist von elementarer Bedeutung, alle betroffenen Bürger und weitere relevante Akteure zu beteiligen, egal welcher politischen Richtung und welchem Milieu sie angehören. Es ist sicherzustellen, dass jeder, der danach verlangt, angehört wird, um zu verstehen, was dem Einzelnen wichtig ist. Dies sorgt für ein gemeinsames Verständnis und beugt dagegen vor, dass man aneinander vorbeiredet.

Beauftragung eines Mediators bei Eskalation von Bürgerprotesten ratsam

Im Rahmen des Akzeptanzmanagement-Prozesses kann es immer wieder zu Konflikten kommen. Deshalb ist die Begleitung und Unterstützung des Verfahrens durch einen Mediator ratsam. Er erscheint auf der Bildfläche, wenn die Meinungsverschiedenheiten zu einer Eskalation führen, die den Beteiligten zu entgleiten droht. Wesentliche Merkmale der Mediation (*Bild 3*) sind:

- Ergebnisoffenheit,
- die freiwillige Teilnahme der Konfliktparteien,
- ein auf Konsens orientierter Verhandlungsstil,
- die Verfügbarkeit aller notwendigen Informationen für alle Parteien,
- Neutralität und Allparteilichkeit des Mediators sowie
- Vertraulichkeit.

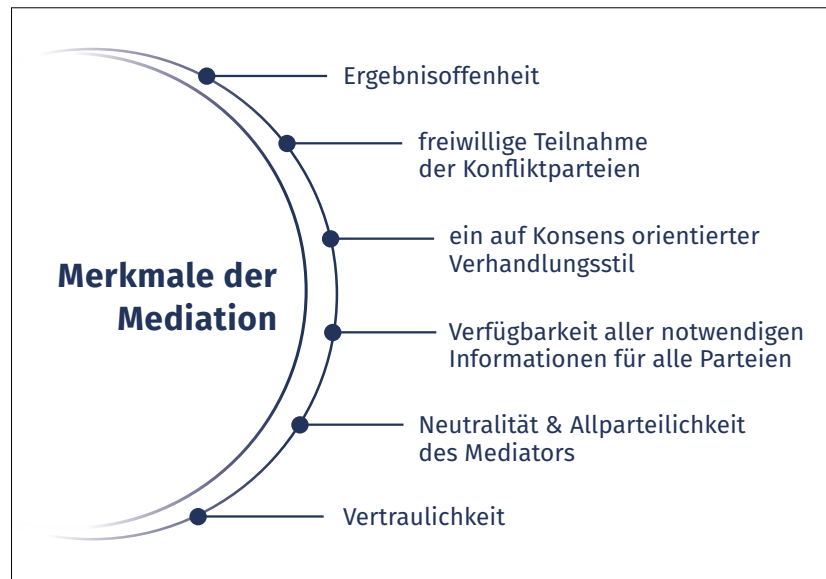


Bild 3. Merkmale der Mediation

Wichtig ist dabei, sich Möglichkeiten und Grenzen der Mediation bewusst zu sein. Es ist nicht die Aufgabe des Mediators, den Konfliktparteien die Verantwortung für die Entwicklung einer Lösung abzunehmen. Seine Rolle besteht vielmehr darin, den Prozess der gemeinsamen Lösungsfindung unter Verwendung besonderer Kommunikations- und Verhandlungstechniken zielgerichtet zu moderieren. Grundlegend für eine erfolgreiche Mediation ist, dass der Mediator als vermittelnde Instanz unabhängig agiert und als ehrlicher Makler akzeptiert wird. Entsteht der Eindruck, dass er durch Weisungen des Vorhabenträgers beeinflusst wird, verliert er seine Glaubwürdigkeit.

Notwendige Mittel für Bürgerbeteiligung sind gut angelegt

Investitionen in eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung lohnen sich. Die notwendigen Mittel für ein professionelles Akzeptanzmanagement sind im Vergleich zu den Kosten bei Scheitern des Projekts sehr gering. Es beugt Protesten und Klagen gegen den Netzausbau vor. Außerdem kann die Planung durch Fach- und Ortskenntnisse der Bürger verbessert werden. Mitunter sind diese denen der Vorhabenträger ebenbürtig.

Die von Bund und Ländern mit Blick auf die Klimaschutzziele be-

rechtigt beschlossene Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von Netzausbau-Projekten sollte die Vorhabenträger nicht dazu verführen, die Bürger und ihre Belange unter Verweis auf die gebotene Eile beiseite zu schieben. Diese Strategie könnte sich sehr schnell zum Bumerang entwickeln. Es ist absehbar, dass sich bei einer solchen Vorgehensweise die Proteste verschärfen und Verfahren deutlich verlängern. Die Einsicht, dass wir bei der Energiewende die Geschwindigkeit erhöhen müssen, ist bei allen Seiten vorhanden. Dies sollte auch für die Einbeziehung der Betroffenen gelten. Ignorieren wir diese, werden die Widerstände weiter zunehmen. Denn der Netzausbau kann ohne die Akzeptanz der Bevölkerung nicht funktionieren.

gernot.barth@steinbeis-mediation.com

www.steinbeis-mediation.com